

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wita, V., Gartengasse 1/13

WIEN
Nr. 21 November 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Jungfrontler, SP-Arbeiter und Schutzbndler, rstet Euch!

Bundeskanzler Dollfuß hat im Haag ein Bekenntnis zum Diktaturregime abgelegt. Die Heimwehrlhrer Jakoncig und Schuschnigg, überzeugte Monarchisten, Rintelen, der Ahnherr der Reaktion, und Major Fey, der Bekenner zum Heimwehrputschismus und Monarchist, bilden die heutige Regierung, die Verfassungsbruch an Verfassungsbruch reiht, die nackte Gewalt und faschistische Willkür zum vorherrschenden Regierungsprinzip erkoren hat.

Im roten Wien wurde den Arbeitenden das Recht auf die Straße, wider die klaren Bestimmungen der Verfassung — daß vor dem Gesetze alle Bürger gleich sind — verboten. Aber die Heimwehren marschieren bewaffnet auf — die bürgerlichen Parteien haben die Straße frei. Es ist dies nicht das erste Mal und nicht das letzte Mal, daß die bürgerliche Demokratie ihre Maske läuft. Wann waren in Oesterreich oder in einem anderen Lande der bürgerlichen Demokratie alle Bürger vor dem Gesetze gleich?

Wo war die „Gleichheit vor dem Gesetze“ beim Freispruch der Schattendorfer Arbeitermrder? Wo die Gleichheit für den 18. August in St. Lorenzen, wo drei Arbeiter erschossen, dreihundert verwundet wurden?

Wo war die „Gleichheit vor dem Gesetze“ für den hochverräterischen Heimwehrputsch am 13. September; für die drei erschossenen Arbeiter in Kapfenberg?

Wo war die „Gleichheit vor dem Gesetze“ im Benzol-Giftmordprozeß von Wiener-Neustadt, wo fünf Arbeiterinnen in den Giftbden eines Ausbeuters gemordet wurden, Dutzende lebensgefährlich erkrankten?

Wo war und ist die „Gleichheit vor dem Gesetze“, wenn es gegen Arbeiter geht? Nirgendes!

Der Staat, die Demokratie und die Arbeiterklasse

Die bürgerliche Demokratie ist nur die Hlle der kapitalistischen Klassenherrschaft. Die Gesetze sind Klassengesetze, die Justiz ist Klassenjustiz. Das bürgerliche Gesetz ist für den Proletarier ein engmaschiges Netz, das ihm kaum ein Entschlpfen ermöglicht, für den Bourgeois ist es ein Theater mit vielen Notausgängen — sagt treffend eine Glosse: Die bürgerliche Justiz gleicht einer Dirne, sie ist drakonisch gegen klassenbewußte Arbeiter, nachsichtig und feil gegen Reaktionen und Faschisten.

Der Gewerbeinspektor, der eine Giftmordbnde als Mrderbetrieb bezeichnet, gehört ebenso zum Bestandteil des bürgerlichen Staatsapparates, wie die Staatsanwlter, die Putschisten nicht anklagen, und Gerichte, die Arbeitermrder freisprechen.

Ist Gesetz und Justiz ein Werkzeug der Herrschenden gegen die Unterdrückten, dann erst recht ist die Polizei „das Um und Auf des staatlichen Lebens“, wie der neue Polizeipräsident Brandl treffend sagt. Sie ist die Prtorianergarde der herrschenden Klasse. Und als solche weit sie, was sie in jedem Fall zu tun hat. Nachsicht mit den behaltenschwaazten und braun uniformierten Landsknechten Bourgeoisie, brutale und menschenunwürdige, entehrende und feige Niederknppelung wehrloser und kämpfender Arbeiter.

Die 90 Toten vom 15. Juli 1927 und die barbarische Behandlung der Simmeringer Schutzbndler, die sich gemäß der Weisung ihrer Führung — widerstandslos der Polizei ergaben, sind Spitzenleistungen im System der kapitalistischen Republik.

Die Lehren von Simmering

Unter Duldung der Polizei stürmt Faschisten das Arbeiterheim von Eisenstadt am 3. Juli; das Verbandsheim in der Knigsgrasse und das Holzarbeiterheim in der Margaretenstrae in Wien stürmt sie am 30. September und das Arbeiterheim in Simmering am 2. Oktober. Staatlich uniformierte „Polizisten“ haben im Simmeringer Arbeiterheim viel rger gewt als die braun uniformierten Faschisten im Eisenstädter Arbeiterheim. Was die Hitlergardien dank der tapferen Abwehr der Simmeringer Schutzbndler nicht vermochten, hat die „demokratische“ Polizei zustande gebracht; das Arbeiterheim wurde in Trümmer geschlagen, die Schutzbndler bestialisch geschlagen, so da zwei von ihnen vernehmungsunfhig im Inquiritenspital liegen.

Die Schutzbndler, die das Simmeringer Arbeiterheim verteidigten, haben ihre proletarische Pflicht getan. Sie haben aber auch nicht mehr getan, als ihnen ihre Partei und Führung für diesen Fall seit Monaten immer wieder freistellt. Sie haben für sich das Recht der Verteidigung, das Recht der Notwehr in Anspruch genommen.

Der Staat . . .

Der demokratische Staat sieht in bewaffnet kämpfenden Arbeitern den gefährlichsten Feind, den er mit tödlichem Ha verfolgt. Das ist geschehen wie immer — auch bei den Simmeringer Schutzbndlern.

Der republikanische Staat anerkennt für Arbeiter nicht das Recht der Notwehr, der Bewaffnung, des Widerstandes. Dieses Recht, und darüber hinaus das Recht zum Angriff billigt er bedenkenlos den Faschisten und Reaktionen zu. Der bürgerliche Staat rückt ab von den Simmeringer

Und als das zusammen — die Minister als Geschäftsführer der Bourgeoisie, das Parlament als Feigenblatt ihrer Herrschaft, die Gesetze und Justiz, und Schutz ihrer Klassenherrschaft und die Polizei, Gendarmerie und Wehrmacht zur Beherrschung und Gefgigmachung der Unterdrückten und Ausgebeuteten — ist der demokratische Staat, die bürgerliche Republik.

Schon vor Jahrzehnten lehrten Marx und Friedrich Engels das Proletariat:

„In Wirklichkeit ist der Staat nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“

Waren diese nicht mizuverstehenden Worte Friedrich Engels vor Jahrzehnten absolut richtig, so sind sie heute, im Zeitalter des zusammenbrechenden Kapitalismus und der sich bis zum Bürgerkrieg steigenden Klassenkämpfe eine olympische Wahrheit geworden. Nur im bürgerlichen Denken versumpfte Bürokraten und mit der Bourgeoisie und ihrer Wirtschaft hundertfach verwachsene SP- und Gewerkschaftsbnden haben den traurigen Mut, dem bürgerlichen Staat zu dienen (als Minister und Würdenträger verschiedener Art), seine Gesetze und Justiz zu verteidigen, und den Arbeitern einzureden, es sei ihre Republik, es sei ihr Staat, dessen sie sich nur mit 51 Prozent Stimmzettelmehrheit zu bemächtigen brauchten, um ihn in den Dienst des Sozialismus zu stellen. Mit grausamem Hohn antwortet die herrschende Klasse ihren reformistischen Lakaien.

Schutzbndlern, indem er sich der Brutalität seiner Polizei und dem Klassenurteil seiner Justiz ausliefert.

und die Sozialdemokratie . . . ?

Was hat die Sozialdemokratie veranlaßt, von den tapferen Simmeringer Schutzbndlern — die von dem gesetzlich gewährleisteten Recht der Notwehr Gebrauch gemacht haben — abzurücken? Was hat den Wiener Parteivorstand veranlaßt, in seinem Aufruf von „Provokateuren“, die „ihre Hände im Spiel“ gehabt hätten, zu sprechen? Was hat ihn veranlaßt, festzustellen, „da der Kampf gegen den Faschismus nicht durch Raufereien und nicht durch Schießereien kleiner Gruppen entschieden werden kann?“ Was hat ihn veranlaßt, gegen Kommunisten zu hetzen, die an den Simmeringer Vorfllen völlig unbeteiligt waren? Wie gedenkt der Parteivorstand in Zukunft Angriffe der Nazi auf Arbeiter und ihre Heime abzuwehren, wenn er in seinem Aufruf das „tägliche Blutvergießen“ in den deutschen Städten ablehnt und sagt: „Wir werden das nicht in unser Wien einschleppen lassen?“ Was hat die Sozialdemokratie gehindert, sich mit den Simmeringer Schutzbndlern zu solidarisieren und die konsequente Befolgung der Parteiparolen durch sie (mit den Waffen, mit denen man uns angreift, werden wir uns verteidigen!) anzuerkennen?

Was hat es für eine Bewandnis mit dem Kampf gegen den Faschismus, der, wie der Aufruf sagt: „nur im organisierten und disziplinierten Massenkampf sieghaft geführt werden kann,“ wenn die Sozialdemokratie beim ersten Fall entschlossener proletarischer Notwehr von ihren eige-

nen Parolen der „Selbstverteidigung“ abbrckt, die Schutzbndler preisgibt, Position um Position räumt (ungesetzliches Demonstrationsverbot in Wien, Verfassungsbrche der Regierung usw.) und gleichzeitig jeden Massenkampf „diszipliniert“ niederhlt. Das ist die Methode seit 4. August 1914. Je radikaler die Phrase — je entschiedener zur Kapitulation bereit. Die sterreichische Sozialdemokratie folgt den Spuren ihrer deutschen Schwester. Sie gibt durch die Duldung der polizeilichen Willkür und des faschistischen Terrors dem Feinde die gefährlichste Waffe zur Einschüchterung der Arbeiterklasse in die Hand und ebnet so dem Diktaturregime und dem Faschismus den Weg zur Macht. Die Gewerkschaftsbürokratie hat durch diese Methode die Betriebe schon seit langem dem Terror der Unternehmer ausgeliefert.

Ist das Verrat an den Klasseninteressen des Proletariats? Genossen! Einer Parteiführung, die den Verrat zum Programm erhoben hat, Verrat an den Simmeringer Schutzbndlern vorzuhalten, heit ihr Konzessionen machen.

Rstet zum Kampf!

Die Jungfront hat wirtschaftliche Forderungen aufgestellt, die, so unzulänglich und voll Trlichkeiten sie auch sein mögen, so sehr sie nach der Koalitionspolitik und dem Wahlprogramm der SP-Führung zugesttzt sind, ein Fetzen Papier bleiben, wenn darum nicht der Massenkampf auf breiter Front organisiert wird. Der Kampf um Arbeit und Brot ist zugleich der Kampf um die revolutionäre Lösung der Krise.

Die Regierung hat Neuwahlen abgelehnt und nimmt den Kurs auf eine Notverordnungs-diktatur a la Papen. Das ist gegenwärtig die drohendste Gefahr für die Arbeiterklasse. Ihr ist, wie das deutsche Beispiel zeigt, nicht mit dem Stimmzettel zu begegnen. Nur der außerparlamentarische Massenkampf gegen Reaktion und Faschismus, verbunden mit dem Kampfe um Arbeit und Brot, ist der Bürge, an dem alle Machtaspirationen der Konterrevolution zerschellen werden.

Die Klassenjustiz und Staatsgewalt wt gegen kämpfende Arbeiter und spricht der Arbeiterklasse das Recht auf die Straße ab. Keinen Zoll Boden preisgeben! Heraus mit den verhafteten Schutzbndlern! Weg mit den Verfassungsbrchen! Weg mit dem Demonstrations- und Versammlungsverbot des Staatssekretärs Fey! Straße frei für die Arbeiterschaft!

Straße frei am 12. November. Demonstriert gegen das Rothschild-Parlament und die Rothschild-Sanierung, gegen die Klassenjustiz, gegen Polizeiterror und die Bourgeoisrepublik, Reaktion und Faschismus.

Demonstriert für die proletarische Demokratie, für die soziale Republik, für Arbeit und Brot, für die revolutionäre Lösung der kapitalistischen Krise, für den Sozialismus.

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!
Es lebe die proletarische Kampfeinheitfront!
Es lebe der entschlossene, unerbittliche Massenkampf gegen Diktaturregime und Faschismus.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:
Die Lehren von Simmering.
Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Spendet Prefunds!

Abonnenten

In Nr. 20 lag der Erlagschein bei. Nehmt ihn sofort zur Hand, fllt ihn aus und tragt ihn zur Post. Wir bedürfen dringend das Geld, um unsere Verpflichtungen beim Drucker nachzukommen!
Spendet Straf-Pref-Fonds!

Die Krise der russischen Revolution und der Standpunkt des revolutionären Marxismus

Werter Genosse Brandler!

Sie haben auf dem Diskussionsabend am 7. Oktober, der der russischen Frage gewidmet war, das natürliche Vorteil eines Schlusswortes zu einem ganz unüblichen Entstellung des Standpunktes benutzt, den ich innerhalb der Diskussion vertreten habe. Da ich nicht weiß, ob diese Entstellung aus Illoyalität erfolgt ist oder ob Sie Ihr rein empirisches Herantreten an die Probleme der russischen Revolution einfach daran hinderte, unseren Standpunkt zu verstehen, so will ich hier in Kürze die Verzerrungen unseres Standpunktes in Ihrem Schlusswort berichtigen.

I. Die Gewaltanwendung im System der proletarischen Diktatur gegenüber Teilen der Arbeiterklasse.

Gegen Ihre Auffassung polemisierend, daß das in Rußland herrschende innere Regime in den Betrieben „historisch notwendig“ ist, daß zuweilen Exempel statuiert werden müßten, (Arbeiter-Erschießungen), um Maschinen-Zerstörungen durch rüchständige Arbeiter zu verhindern, hatte ich erklärt:

Es ist lächerlich von einer Arbeiterklasse, die die Oktoberrevolution durchgeführt hat, die fähig war, die Macht zu erobern und zu behaupten, zu sagen, das Regime des Druckes, die Ausschaltung der Arbeiterdemokratie, sei, historisch notwendig. Eine Arbeiterklasse, die in der Revolution ihr Schicksal bestimme, ist auch fähig, in der Form der Arbeiterdemokratie ihre Aufgaben im industriellen Aufbau ohne administrativen Druck durchzuführen. Es läßt auf eine ungewöhnliche Unterschätzung der lebendigen Kräfte im Proletariat hinaus, wenn man glaubt, durch die Mittel des bürokratischen Druckes, durch eine Diktatur über die Arbeiterklasse, durch die Methode des „Exempel statuieren“ das Proletariat zur Arbeit zwingen zu müssen.

Sie haben diesem Standpunkt „Anarchismus“ und „grundsätzliche Ablehnung der Gewaltanwendung durch die proletarische Diktatur“ vorgeworfen.

Was ist der anarchistische Standpunkt in dieser Frage? Was der marxistische? Und wie muß man ihnen, d. h. den Stalinschen Gesichtspunkt bezeichnen?

Der Anarchismus lehnt jede Gewaltanwendung gegen Teile des Proletariats ab; er lehnt überhaupt die Unterscheidung in Avantgarde und Masse und damit die Voraussetzung für die Rolle einer revolutionären Partei ab. Er vertritt die „Menschenrechte des Individuums“. Der Anarchismus verwirft das herrschende Regime in Rußland nicht wegen seiner Mängel, sondern er lehnt es grundsätzlich ab.

Welch ein kläglicher Versuch, meinen Standpunkt mit diesem Standpunkt des Anarchismus zu „identifizieren“!

Ich habe niemals die Notwendigkeit der Gewaltanwendung der revolutionären Avantgarde gegenüber rückständigen Teilen des Proletariats gelugnet. Die Gewaltanwendung gegenüber Teilen des Proletariats durch die Avantgarde der kommunistischen Partei ist immer dann gerechtfertigt, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, um den Widerstand dieser rückständigen Teile der Arbeiterklasse gegen die proletarische Diktatur und ihre Maßnahmen zu brechen. So war es 1921 in Kronstadt und mehr als einmal in den wechselvollen Kämpfen des russischen Bürgerkriegs, im Kampf gegen die Banden Machnos, die Terrortruppen Sawnikows, die linken SR.

So war es auch, als die überwältigende Mehrheit der russischen Partei gezwungen war, nach einer tiefergehenden inneren Diskussion den Widerstand der geschlagnenen Arbeiteropposition von 1920-21 zu liquidieren.

Ist aber jeder Widerstand gegen Maßnahmen der Partei, gegen Verfügungen der Staatsgewalt in der USSR konterrevolutionär und rechtfertigt die Anwendung aller Mittel?

Das ist die entscheidende Frage. Sie bejahen sie, indem Sie ein lebloses Schema aufstellen und es einfach wiederholen: In Rußland hat die proletarische Revolution gesiegt, ist die proletarische Diktatur angeordnet, herrscht eine kommunistische Partei, entwickelt sich der sozialistische Aufbau — ergo, alles was geschieht, ist im Prinzip richtig.

Ist es da nicht klar, daß jeder Widerstand ein Verbrechen ist?

Darum habe ich die Frage nach diesen Voraussetzungen gestellt und sie zu beantworten gesucht. Ich habe ausgeführt, daß eine „reine proletarische Diktatur“, die bereits durch ihre bloße Existenz die automatische Vertretung aller Interessen der Arbeiter garantiert, in Rußland nie bestanden hat und heute weniger denn je zuvor besteht. Lenin würde nicht müde zu wiederholen: „Unser Staat ist in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat. Darum ergibt sich, sehr vieles.“ (Rede auf dem Allrussischen Sowjetkongress am 30. XII. 1920.)

Und er fügte hinzu: „Unser jetziger Staat ist derart, daß das durchorganisierte Proletariat sich verteidigen muß und wir diese Arbeiterorganisationen sammeln müssen, zum Schutz der Arbeiter gegen ihren Staat und zum Schutz unseres Staates durch die Arbeiter.“

Sie haben diese tiefen und richtungweisenden Worte Lenins zu bagatelisieren versucht, indem Sie erklärten, das hätte vor 11 Jahren gegolten. Heute — heute aber sei die Lage ganz anders. Und damit wollten Sie gleichzeitig meinen Hinweis auf den Staatskapitalismus im proletarischen Staate treffen.

II. Hat der Fünfjahresplan die Nep überwunden?

Sie haben als stärkstes Argument dafür, daß sich im Verlauf der Durchführung des 5-Jahresplans die Verhältnisse der Klassenkräfte entscheidend im sozialistischen Sinne verändert und auf diese Weise die proletarische Diktatur endgültig gefestigt haben, den neuesten Standpunkt Trotzki

zitiert, — und sich gleichzeitig mit diesem solidarisiert — daß die ökonomischen Erfolge eine ausreichende Garantie für den neuen Aufschwung der Revolution, für ihre Aufwärtsentwicklung darstellen.

Ist es wirklich so? Ist es berechtigt, von den Erfolgen der Industrialisierung, der Vergrößerung der Produktion, der Vermehrung der Arbeiterzahl, der Kollektivisierung des Dorfes abzuleiten, daß die politische Herrschaft der Arbeiterklasse gefestigt, der proletarisch-sozialistische Charakter der Staatsmacht weiterentwickelt und die Gefahr des politischen Zusammenbruchs der Arbeitermacht durch „ausreichende Garantien“ (Trotzki) abgewehrt ist? Es ist eine sozialistische Abstraktion, so etwas zu behaupten, statt die lebende Wirklichkeit kritisch zu untersuchen.

a) Sind infolge des industriellen Aufbaues die bürokratischen Ausschüßer der Staatsmacht geringer geworden?

Im Gegenteil. Statt daß die Partei den Bürokratismus im Staatsapparat überwinden hätte, hat der Bürokratismus die Partei aufgezehrt. Statt daß die Partei, gestützt auf die schöpferische Energie ihrer revolutionären Arbeiterkader, das bürokratische Element in den staatlichen Verwaltung im Sowjet, im Betrieb, verdrängt hätte, sind die bürokratischen Elemente in der Partei an die Führung gelangt und haben die innere Demokratie der Partei, die Kontrolle der Mitglieder, die schöpferische Arbeiterkritik ausgezerrt. Wie der winzige Kreis im jungen Menschen zum tödlichen Faulenzentrum im Organismus des Erwachsenen wird — mag der Erwachsene auch ein großes Hirn und ausgebildete Gliedmaßen haben — so ist im entwickelten industriellen Fundament der proletarischen Diktatur der Bürokratismus weitergewuchert und sein spezifisches Gewicht ist größer als je zuvor.

b) Hat sich der Arbeiter- und Bauernstaat zum reinen Arbeiterstaat entwickelt?

Die Stalinsche Schule, die in der Kollektive bereits den Sozialismus im Dorf erblickt, behauptet es. In Wirklichkeit kann vom sozialistischen Charakter der kollektivierten Landwirtschaft nicht gesprochen werden. Das ändert nichts an dem progressiven Charakter der Kollektivisierung — soweit sie sich auf einer modernen technischen Basis entwickelt. Aber die Kollektive in der Ackerform, wie sie sich gegenwärtig vor allem durchsetzen, schließt nicht die soziale Differenzierung aus. Sowohl das Statut der Kollektive, als auch die Freigabe des Getreideüberschusses der Kollektive für den freien Handel, die individuelle Viehwirtschaft der Kollektivisten, tragen zur Differenzierung innerhalb der Kollektive bei. Reiche Kollektive mit großen Reservefonds stehen armen Kollektiven gegenüber — es wächst nicht nur die Differenzierung innerhalb der Kollektive, sondern auch zwischen den Kollektiven.

Dort, wo es den Spitzen des Dorfes gelingt, nicht nur in die Kollektive einzudringen, sondern auch sie zu beherrschen — und das gilt für viele Gegenden, namentlich in der Ukraine — dort verlieren die Kollektive ihren progressiven, produktivgenossenschaftlichen Charakter und werden zur Organisation des Dorfes unter kulakischer Führung. Das ist die komplizierte, widerspruchsvolle Wirklichkeit des russischen Dorfes.

Daraus folgt, daß auch auf der neuen ökonomischen Basis der Staat ein Arbeiter- und Bauernstaat geblieben ist, in dem der Mittelbauer, maschiert in der Kollektive, im Klassenkampf unaufhörlich bestrebt ist, den Kurs der Staatsmacht auf dem Gebiet der Gesetzgebung, der Steuer- und Kreditpolitik, auf allen Gebieten des ökonomischen, sozialen und politischen Lebens zu beeinflussen. Es ist nicht klar, daß auch heute, 11 Jahre später, das Proletariat seine spezifischen Klasseninteressen verteidigen muß, „zum Schutze der Arbeiter gegen ihren Staat“ (Lenin) und nur durch den entfalteten proletarischen Klassenkampf den verbürokratisierten Staatsapparat zu „sowjetisieren“ oder, wie Lenin sagt, „zum Schutze unseres Staates durch die Arbeiter“.

Stärker als je zuvor müßten heute die Gewerkschaften im Mittelpunkt stehen, sie dürften niemals als Organe der Arbeiter Durchführungsorgane der Wirtschaftsverwaltung sein, sondern sie müßten diesen als Kontrahenten entgegentreten.

Heute diesen elementaren marxistischen Gedanken verteidigen und ihn angesichts der verstärkten Bürokratisierung sogar besonders betonen, heute das Streikrecht der russischen Arbeiter fordern, heute den Kampf für die Erhöhung ihres materiellen Niveaus zu proklamieren, das nennen Sie, Genosse Brandler, „Spießbürtum“ und „Anarchismus“. Sie wiederholen, ohne nachzudenken, alle leblosen, wahren Formeln des Stalinschen Schulle und Sie sind geblöckelt, wenn wir Linken gegen eine solche Auslegung des „Marxismus“ uns bedanken.

Sie benehmen sich an den Ziffern der sowjetrussischen Oekonomie, aber Sie sind blind gegenüber dem sozialen und politischen Prozessen, die sich auf dem Boden der aufstrebenden ökonomischen Entwicklung abspielen.

Ist es Ihnen nicht aufgefallen, Genosse Brandler, daß die amtliche Statistik und Literatur uns zwar eine Fülle von Angaben über die Produktion der materiellen Güter zu machen weiß, daß aber nirgends ein Sterbenslaut über das innere Leben der Sowjets, den Grundzellen des proletarischen Staates, hörbar wird?

III. Staatskapitalistischer Sektor oder Staatskapitalismus im proletarischen Staate?

Und nun komme ich zur entscheidenden Frage: Als ich darauf hinwies, daß Lenin die Gesellschaftsordnung, die sich auf dem Boden der Nep entwickelte, den Staatskapitalismus im proletarischen Staate nannte, da antworteten

Sie, daß das gar nicht richtig sei, daß Lenin vom Kampf des staatskapitalistischen Elements mit dem sozialistischen gesprochen habe.

Sie befinden sich hier in einem Irrtum. Der Kampf „Wer schlägt wen?“ — das sozialistische das kapitalistische Element oder umgekehrt — das eben ist der unentschiedene Klassenkampf, der sich innerhalb des Staatskapitalismus im proletarischen Staate abspielt, bei dem das Proletariat den entscheidenden Hebel, die Staatsmacht, in seinen Händen hat.

Hat der unzweifelhafte ökonomische Aufschwung den privaten Innenhandel abgeschafft? Er hat im teilweise zurückgedrängt, aber nicht beseitigt. Gerade der ungeheure Hunger nach Konsumgütern bildet eine unerschöpfliche Quelle für das Spekulantentum, das häufig mit entarteten Teilen des Staatsapparates zusammenarbeitet. Das Recht der Bauern, der Einzelbauern und der Kollektivisten, auf den freien Verkauf ihres landwirtschaftlichen Überschusses wurde erst kürzlich (Dekrete vom 10. und 20. Mai 1929) eindeutig proklamiert.

Was stellt aber ein solcher Zustand dar? Ist das nicht der Grundcharakter der Nep? Und weil dies der Fall ist, weil es eitel Selbstbetrug ist, vom „Eintritt in den Sozialismus“ zu sprechen und die klassenlose, sozialistische Gesellschaft im Jahre 1937, am Ende des zweiten Fünfjahresplans zu erwarten — darum gilt auch für das gegenwärtige ökonomische und soziale System in der USSR die Charakteristik Lenins für die Epoche der Nep.

„Die Naturalisten bedeutet selbstverständlich Freiheit des Handels. Der Bauer hat das Recht, den Rest seines Getreides nach Leistung der Naturalsteuer frei auszutauschen. Diese Freiheit des Austausches bedeutet Freiheit des Kapitalismus. . . .

Freiheit des Handels bedeutet Freiheit des Kapitalismus. Es bedeutet eine neue Form des Kapitalismus; es bedeutet, daß wir den Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade neu schaffen. Wir tun das ganz offen. Es ist Staatskapitalismus. Aber Staatskapitalismus in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus die Staatsgewalt in Händen hat, und Staatskapitalismus im proletarischen Staate sind zwei verschiedene Begriffe.“ (Lenin, Rede auf dem 3. Weltkongress.)

IV. Die historische Rolle des Stalinsismus.

In einem Punkt haben Sie recht: Der Feldwühl Stalin entspricht einem bestimmten Bedürfnis, sonst könnte er sich nicht halten. Aber Sie meinen, es ist das Bedürfnis der Fortentwicklung der Revolution, das Stalin an die Spitze trug.

Das aber ist falsch. Das Stalinsche Regime ist der Ausdruck der Erschöpfung der revolutionären Kräfte in Rußland. Stalin herrscht, weil die geschützten Klassen in der Sowjetunion noch nicht die Kraft haben, sich in den Sattel zu schwingen, und weil auf der anderen Seite das revolutionäre Proletariat nicht mehr die Kraft hat, die Einhaltung seiner eigenen unverhöhnlichen Klassenlinie zu erzwingen. In diesem Sinne drückt die Verächtlichkeit des linken Flügels in der russischen Partei nichts anderes aus, als die Verschiebung des Kraftverhältnisses der Klassen zu ungunsten des Proletariats.

Das Stalinsche Regime steht nicht über den Klassen: oben so wenig repräsentieren die sozialen Kräfte, auf die er sich vor allem stützt — die bürokratischen Schichten — eine eigene Klasse.

Das Stalinsche Regime ist jeder Teil der Partei, der am schwächsten die proletarischen Klasseninteressen zum Ausdruck bringt, der am leichtesten zu Konzessionen geneigt ist.

Zögernd und unter heftigen Schwankungen konnte Stalin gezwungen werden, den Weg der Planwirtschaft, der Industrialisierung und Kollektivierung, zu gehen. Die Erfolge, die erzielt wurden, wurden trotz der Stalinschen Fehler und Schwankungen erzielt. Daß aber innerhalb des allgemeinen ökonomischen Aufschwunges sich die materielle Lage der Arbeiterklasse von Jahr zu Jahr verschlechtert — und das ist seit 1928 der Fall — daß der Anteil des parasitären Bürokratismus am nationalen Einkommen ständig steigt, daß die Arbeiterklasse ihrer Grundrechte verlustig geht, mißbestimmen und ihre eigenen Interessen kämpfend zu verteidigen, daß die Leninsche Partei zu einem durchführenden Organ geworden ist — das ist das Spezifische des Stalinschen Politik, das ist das gefährdrohende Ergebnis ihres Kurses.

Sie mögen es „Sentimentalität“ nennen, wenn wir auf diese Gefahren hinweisen, wenn wir sagen, daß die Hebung des materiellen Niveaus der Arbeiterklasse in dem Maße der Vergrößerung des gesellschaftlichen Reichtums erfolgen muß. Wir Linken sind auch sentimental; aber wir haben in der Schule Lenins gelernt, daß die Opferwilligkeit und der revolutionäre Enthusiasmus der Arbeiterklasse nicht die Basis sein kann und darf für das Emporkommen einer parasitären, bürokratischen Oberschichte. Trotz seiner Erfolge ist Rußland noch arm. Aber es ist reich genug, um seine 15 bis 18 Millionen Arbeiter genügend zu ernähren und zu bekleiden und damit die Produktivität ihrer Arbeitskraft zu steigern. Wenn dies nicht der Fall ist — und es ist nicht der Fall, dann liegen die Gründe nicht in objektiven Faktoren, sondern in dem Strukturfehler des herrschenden Regimes, des Regimes Stalin, von dessen historischer Notwendigkeit Sie überzeugt sind.

Mit kommunistischem Gruß
P. Kurtl.

Demonstriert für den Kommunismus — gibt eure Stimme der KPD!

Die Wahlen am 6. November sind Wahlen von einer ganz besonderen Art. Die Militärdiktatur läßt darüber nicht den geringsten Zweifel aufkommen; daß diese Wahlen für ihren Bestand ohne Bedeutung sind. Ja, unsere Militärdiktatur verkörpert eine Demokratie ganz besonderer Art: Sie bedarf nicht des Vertrauens des „uneinigen Reichstages“, sie stützt sich nicht auf die „in Parteien zerklüftete Nation“, sondern sie leitet ihren Ursprung von dem „Erwählten des gesamten Volkes“, dem Reichspräsidenten, ab. Das einmalige Plebiszit, durch das Hindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde, wird die Militärdiktatur hohnlächelnd jeder parlamentarischen Mehrheit entgegenhalten.

Manche Arbeiter fragen: Ist es nicht erstaunlich, daß Papen überhaupt Wahlen duldet? Ist es nicht merkwürdig, daß er nicht jetzt schon die geplante Wahlreform ausführt, um das Wahlergebnis zu beeinflussen?

Die Militärdiktatur verfolgt mit diesen letzten „Weimarer Wahlen“ zwei Ziele: Erstens hetzt sie die parlamentarische Demokratie zu Tode, denn wer es bis jetzt noch nicht begriffen hat, der wird nach dem 6. November mehr rasch begreifen, daß Wahlentscheidungen den politischen Kurs der Militärdiktatur nicht beeinflussen können. Wie jede Inflation, so endet auch die Wahl-Inflation 1932 mit völliger Entwertung: In diesem Fall des Stimmzeitel-Aberglaubens.

Das zweite Ziel der Militärdiktatur ist taktischer Natur. Die Herren Papen und Schleicher kämpfen nach wie vor um die Eingliederung des Faschismus und seine Unterordnung in ihr bonapartistisches System. Sie haben die Erfahrung machen müssen, daß der Faschismus, je stärker er ist, desto weniger daran denkt, sich „kanalisieren“ zu lassen. Die Wahlen des 6. November sollen Herrn Hitler zeigen, daß seine Bäume nicht in den Himmel wachsen, und dadurch gefügig machen.

Wie immer die Wahlen ausgehen werden, soweit es von den herrschenden Klassen abhängt, kann es nur drei Möglichkeiten geben: Der Fortbestand der Militärdiktatur, der Ausbau der Militärdiktatur zum bonapartistisch-faschistischen Block, und schließlich die offene faschistische Diktatur. Es braucht wohl keines näheren Beweises, daß alle drei voll tödlicher Gefahren für die gesamte Arbeiterklasse sind, daß es der Anspannung aller Kräfte des gesamten Proletariats bedarf, um aus dieser katastrophalen Situation den Weg ins Freie zu finden.

Die Sozialdemokratie, deren Politik, insbesondere deren Tolerierung der Brüning-Diktatur, Schleicher und Papen in den Sattel gehoben hat, zieht in den Wahlkampf als „erbitterte Gegnerin“ der Militärdiktatur. Diese Gegnerschaft ist unstreitig vorhanden, und es wäre lächerlich, wie die Stalinistische Presse, zu behaupten, daß die Sozialdemokratie nichts anderes erhofft, als mit Papen ihren Frieden zu schließen. Die Sozialdemokratie wünscht nichts sehnlicher, als daß eines Tages Herr Hindenburg sich „besinnt“, Herrn Wels und einen Zentrumsführer zu sich be-

rufft und ihnen erklärt: „Nach Einholung eines Gutachtens der führenden deutschen Staatsrechtslehrer: habe ich die Überzeugung gewonnen, daß ich im Geiste der Weimarer Verfassung nur mit Ihnen regieren kann.“ Gewiß: Die Weimarer Koalition wäre auch nur eine parlamentarische Minderheit. Aber Herr Wels würde freudestrahlend in den Parteivorstand laufen und rufen: „Wenn schon Diktatur, dann unsere!“ Frei nach dem Magdeburger Parteitag. Was für das Proletariat dabei herauskäme, das wissen wir. —

Aber unglücklicherweise für die Sozialdemokratie denkt Hindenburg nicht im Traum daran, und die Sozialdemokratie steht — nach wie vor — vor der Entscheidung: Die außerparlamentarisch angreifende Regierung mit ihren eigenen Mitteln zu stürzen. Das bedeutet die Auslösung revolutionärer Massenaktionen sowohl gegen die ökonomische und sozialpolitische Konterrevolution und die Überleitung des beginnenden Verfassungskampfes in einen wirklichen proletarischen Machtkampf.

Ein solcher Weg aber ist der durch und durch parlamentarisch versuchten und verbürgerlichten Sozialdemokratie endgültig versperrt. Sie wird — soweit es von dem Willen ihrer Führer abhängt — niemals proletarische Klassenkämpfe führen und sie wird daher auch in Zukunft vor den Angriffen der Militärdiktatur so kapitulieren, wie am 20. Juli.

Die einzige Partei, die kraft ihrer revolutionären Grundeinstellung gegenüber dem bürgerlichen Staat und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die notwendigen revolutionären Massenaktionen des Proletariats organisieren kann, ist die kommunistische Partei. Daß sich diese Massenaktionen bis jetzt noch nicht entwickelt haben, ist ein alarmierendes Zeichen dafür, daß unsere Kommunistische Partei in Deutschland es nicht versteht, eine wirklich revolutionäre Politik einzuschlagen.

Darum kann die Aufgabe der revolutionären Arbeiter in Deutschland heute weniger darin bestehen, nur ihre Stimme für die KPD abzugeben und zu warten, was nun die Partei, gestützt auf das Millionenbekenntnis der Arbeiterklasse, tun wird. Allzu viele haben allzulange gewartet und das Ergebnis war: Enttäuschung und Erfolglosigkeit.

Wir Linken, der konsequent marxistische Flügel der KPD, rufen bei diesen Wahlen wie bei allen vorangegangenen, alle unsere Genossen und Sympathisierenden auf, alle ihre Kraft einzusetzen, um den Wahlkampf in eine große Aufklärungsoffensive umzuwandeln, in der es gilt, das Bewußtsein der Partei und der Arbeiterklasse weiter zu entwickeln.

Für revolutionäre Massenaktionen, organisiert auf dem Boden der Arbeitereinheit!

Gegen Militärdiktatur, Faschismus und Imperialismus — für den revolutionären Klassenkampf, für die proletarische Revolution!

Für das Wirtschaftsbandnis mit der Sowjetunion, für die Vereinigten Sowjetstaaten von Europa!

der 120 Kollegen anwesend waren.

80 Kollegen waren von der freien Gewerkschaft, 20 Kollegen von der RGO, der Rest unorganisiert. Der anwesende SPD- und Gewerkschaftsfunktionär, Freimark, erklärte, daß es in der Versammlung nicht sprich. Der Referent der RGO war ratlos. Ein Linker stellte darauf 7 wohl vorbereitete Fragen an den Funktionär, so daß er gezwungen war, seine Linie zu entwickeln, was zum schärfsten Widerspruch seiner eigenen Anhänger führte. Mit allen gegen 4 Stimmen wurde das Einheitskomitee bestätigt und erweitert.

Dieser Erfolg revolutionärer Einheitsfrontpolitik beunruhigte die SPD-Bürokratie derart, daß sie von der 23. Abteilung ein Flugblatt herausgeben ließ, in dem sie unsere Einheitsfront als „Verrat an Arbeiterinteressen“ und die übrigen Mitglieder des Komitees als Betrüger und Verräter hinstellte.

24 Stunden später antwortete das Einheitskomitee, geführt von den Linken, mit einem sehr sachlichen, aber entschiedenem Flugblatt gegen diese Sabotage. Es fand vollste Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Belegschaft.

Nebenbei sei erwähnt, daß der Vertreter der U. B.-Nord, Konni Behrendt, die Vernichtung des Flugblattes verlangte, weil es ihm zu wenig Schimpfwörter enthielt. Der Erfolg unseres Flugblattes war, daß der Arbeiterratsvorsitzende, Koll. Flieger, eine Bahnversammlungs einberief, um durch sein persönliches Auftreten die Einheitsfront zu zerschlagen.

In einem neuen Flugblatt forderte nun das E. K. (Einheitskomitee) die Kollegen auf, restlos zu erscheinen; gleichzeitig wurde die Leitung der 23. Abteilung der SPD aufgefordert, in dieser Versammlung Rede und Antwort zu stehen. Der Erfolg war der Besuch von 175 Kollegen. Trotzdem die RGO- und Parteibürokraten sich nicht an unsere Richtlinien genau hielten, gelang dennoch unser Plan:

Die Versammlungsleitung wurde von uns übernommen und im Auftrage des EK hielt ein Linker das Korreferat, das trotz sehr sachlichen Schärfe gegen SPD und ADGB ungeteilte Zustimmung fand.

Ein Linientreuer versuchte, in der Diskussion unsere Linie zu „verbessern“, was aber gründlich mißlang. Unter ungeheurem Protest mußte er abtreten. Das „Geheimnis unseres Erfolges“ ist sehr einfach. Die Anwendung der Einheitsfronttaktik, die ernste und offene Diskussion, die wir anstrebten und zu der wir die SPD-Funktionäre zwangen, führte dazu, daß vor der Belegschaft konkret die reformistische und die revolutionäre Linie entwickelt wurde. Steigerung der Aktivität, erhöhtes Interesse bei allen Kollegen für die Flugblätter und Handlungen des E. K. und schließlich das Vordringen des revolutionären Einflusses, was das Ergebnis dieser Politik. Leider reichte unsere Kraft nicht aus, um die übrigen Bahnhöfe deselben Weg zu führen. Die Bildung eines künstlichen Zentraleinheitskomitees, das nicht von wirklich gewählten Einheitskomitees gebildet wurde und in dem KPD und RGO unter sich waren, verminderte und diskreditierte die Einheitsfrontbewegung. Diese bürokratischen Manöver erschweren auch unsere Arbeit, aber sie lassen uns nicht verzagen: zu klar haben die Ergebnisse unserer Politik und Taktik den Kollegen bewiesen, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Unsere Stellung zum Volksbegehren der SPD

Die SPD und mit ihr der ADGB haben gegen den 2. Teil der Notverordnung, den sogenannten sozialpolitischen Teil, einen Volksentscheid zu organisieren begonnen. Im Augenblick entscheidet die Regierung erst, ob sie überhaupt ein Volksbegehren zuläßt.

Das Ziel, das die Reformisten dieser Aktion geben, ist eindeutig und klar: die Massen sollen von außerparlamentarischen Massenkampf gegen die Konterrevolution, insbesondere von Massentstreiks gegen die Notverordnung, abgehalten werden. Die tiefe Erbitterung der Massen soll in das Bett einer monatelangen Wahlbewegung gezwungen und auf diese Art „entgiftet“ werden. In den Massen soll die Illusion erweckt werden, daß Wahlentscheidungen — welcher Natur immer — den Kurs der Konterrevolution verändern können. Folgt daraus, daß wir Kommunisten uns darauf beschränken sollen, in Versammlungen und in der Presse den Millionen reformistischer Arbeiter dieses reaktionäre Ziel der SPD-Führer zu zeigen? Hätte unsere Partei bisher eine richtige Politik betrieben, wären die reformistischen Massen bereits außerparlamentarisch, in gemeinsamer Kampfrichtung mit den Kommunisten, in Bewegung — die SPD-Führer würden diesen Versuch mit dem Volksbegehren gar nicht machen, weil sie die Pleite einer solchen Aktion befürchten müßten.

Aber leider ist die Situation ganz anders. Die Fehler unserer Partei, geführt von den zentralistischen Niederlagestrategen, haben den Einfluß des Reformismus auf die entscheidenden Teile der Arbeiterklasse erhalten. In der Aktion folgen nicht die reformistischen Arbeiter den Kommunisten, sondern sehr häufig die Kommunisten den SPD-Führern. So war es ja vor allem am 20. Juli.

Unsere Isolierung von den Millionen der reformistischen Massen zwingt uns zu einer anderen taktischen Haltung. Wir müssen uns an der Aktion der SPD beteiligen, auf diese Weise an die reformistischen Massen herankommen und die Bewegung, die die SPD-Führer in parlamentarischen Bahnen halten wollen, in eine wirklich außerparlamentarische Massensaktion umwandeln. Die SPD will durch einen Volksentscheid die Militärdiktatur moralisch ins Unrecht setzen und zeigen, daß Herr Papen gegen den „Volkswillen“ handelt.

Wir Kommunisten müssen es verstehen, die Massen aufzurütteln, ihr Bewußtsein zu verändern, dem Volksbegehren und dem folgenden Volksentscheid den parlamentarischen Charakter zu rauben und ihn in eine große Massenbewegung unter kommunistischer Führung umzuwandeln.

Wie wir Linken in der Berliner Verkehrsgesellschaft für die revolutionäre Einheitsfront arbeiten

Anm. der Redaktion. Wir veröffentlichen nachfolgend einen Auszug aus dem Bericht der kleinen Fraktion der Bolschewiki-Leninisten in der BVG in Groß-Berlin. Weit über den Rahmen ihres Arbeitsgebietes hinaus verdient dieser Bericht die Aufmerksamkeit aller Linken; eine kleine Fraktion der Berliner Linken gibt hier ein Beispiel, wie viel im Interesse der Partei und der Arbeiterklasse von Genossen geleistet werden kann, die revolutionäre Klarheit mit Initiative und Aktivität verbinden.

Den Aufruf, den die Parteiführung am 26. April an die SPD und den ADGB zwecks gemeinsamen Kampfes richtete, nahmen die linken Genossen der BVG zum Ausgangspunkt, um planmäßig den Kampf für die Bildung der Einheitsfront zu führen. Durch ein Flugblatt, das die von den Linken beeinflusste Parteiliste in der BVG Bahnhof Müllerstraße herausgab, wurde die Belegschaft dieses Bahnhofes zu einer Einheitsfrontversammlung eingeladen. Es gab nicht wenig Kampf um das Flugblatt, da der ehemalige Linke und jetzige Apparattmann Kaiser Schwierigkeiten über Schwierigkeiten machte. Dennoch kam die Versammlung zustande. Die linken Genossen brachten dort eine Resolution ein, die die gesamte Belegschaft der BVG auffordert, Einheitskomitees zu bilden, um in geschlossener Kampfrichtung die drohenden Verschlechterungen abzuwehren. Diese Resolution wurde auch, mit gewissen Verstümmelungen Kaisers, angenommen. Wir Linken wandten uns nun an die KPD und RGO und verlangten von ihnen die Einberufung von Einheitsfrontversammlungen nach der Methode, die wir angewandt hatten, auf allen Bahnhöfen der BVG.

Das lehnte die KPD- und RGO-Bürokratie ab und ging nach ihrer eigenen allgemein bekannten Methode vor. Das Ergebnis war folgendes:

In unserer Versammlung erschienen von unserem Bahnhof 55 Kollegen, obgleich weder die Partei noch

die RGO, uns unterstützte. 16 Versammlungen, eberufen mit allen der Partei und der RGO, zur Verfügung stehenden Mitteln, brachten zusammen sage und schreibe 52 Kollegen auf die Beine.

Wir fragen nun: War die Arbeit der Linken im Vergleich zur Arbeit der RGO gut oder schlecht? Wir Linken faßten die Einheitsfront ernsthaft auf. Das in unserer Versammlung gewählte Einheitskomitee tagte regelmäßig und erfüllte planmäßig seine Arbeit. Es richtete an die gesamte Arbeiterpresse; an die freie Gewerkschaft (Gesamtverband), an die KPD, SPD und SAP ein Schreiben mit der Aufforderung, die BVG-Belegschaft in ihrem Kampf zu unterstützen und mitzuhelfen bei der Bildung von Einheitskomitees. Veröffentlicht und beantwortet wurde der Brief nur von der KPD bzw. „R. F.“, doch blieb es leider nur bei diesem Warten. Wie notwendig unsere Aufforderung war, geht daraus hervor, daß 3 Wochen nach Bildung des ersten Einheitskomitees erst auf 3 Dienststellen der BVG von rund 45 Einheitskomitees (E. K.) gebildet waren. Um schneller an die Kollegen heranzukommen, sollte eine Vollversammlung stattfinden. Wir Linker schlugen vor, wenige Tage vor dieser Versammlung vor dem Direktionsgebäude eine Demonstration zu veranstalten und zu versuchen, die gesamte Arbeiterbevölkerung Groß-Berlins für unseren Kampf zu interessieren. Die Parteiliste billigte unseren Vorschlag, aber die RGO-Bürokratie führte ihn nicht durch und organisierte die Versammlung auf ihre Weise. Der Erfolg war, daß von der Belegschaft von 23.000 Mann 400 anwesend waren, die dann einen Streikbeschluß zustimmten, der von dem RGO-Strategen in der BVG, Kaiser, ausging. Die Ohnmacht dieser Taktik kam darin zum Ausdruck, daß diesen Beschluß sehr rasch wieder rückgängig gemacht wurde.

Unser Einheitskomitee setzte inzwischen seine Arbeit fort und berief eine 2. Versammlung ein, auf

Für die SPD endet der „Kampf“ mit der Abstimmung, für uns sollen die beiden Abstimmungen nur Gelegenheiten sein, um praktisch den Massen zu demonstrieren, daß Abstimmungen nur einen Wert besitzen, wenn hinter den Stimmzetteln kampftuchlose Massen stehen, bereit ihr Recht mit allen Mitteln zu erzwingen. 20 Millionen Stimmen beim Volksentscheid gegen Papen — wrelch eine vernichtende Niederlage, würde der „Vorwärts“ schreiben, so wie er jubilierte, als der Reichstag mit 512 gegen 42 Stimmen der Regierung das Mißtrauen aussproch.

20 Millionen haben abgestimmt — wollt Ihr nun ruhig zusehen, wie die Militärdiktatur Euren Willen mit Füßen tritt, wollt Ihr Euch damit zufrieden geben, abgestimmt zu haben? So würden wir Kommunisten sagen, und wir würden dies nicht nur sagen; durch unsere Arbeit wird sich das Bewußtsein der Massen verändern, werden sie stärker auf ihrem Recht bestehen.

Unsere Parteiführung hat vor wenigen Monaten der SPD und dem Zentrum die Einheitsfront bei den Wahl des preussischen Landtagsparlamentes angeboten. Eine rein parlamentarische, höchst zweifelhafte Form der Einheitsfronttaktik.

Wir Linken schlagen vor, beim Volksbegehren und Volksentscheid die Einheitsfront mit dem reformistischen Massen zu schließen, um sie auf diese Weise auf den Weg des außerparlamentarischen Kampfes zu führen. An diesen zwei Beispielen zeigt sich wieder der Unterschied zwischen der revolutionären Einheitsfronttaktik und dem zentristischen Einheitsfrontmanöver.

Streikkämpfe, Produktionskontrolle und Gewerkschaftseinheit

Trotz der Drohungen der Militärdiktatur, trotz der passiven und widerspruchsvollen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie ist die Streikwelle nicht zum Stillstand gekommen. Aber die Streiks tragen noch einen isolierten Charakter und beschränken sich nur auf einen Teil der Betriebe, in denen der neue Lohnangriff der Unternehmer eingesetzt hat. Daß trotz dieser Zersplitterung und Isolierung von den kämpfenden Arbeitern Erfolge errungen werden, daß viele Unternehmer sogar auf die bloße Streikdrohung hin den Rückzug antraten, zeigt, wie groß die Erfolgsmöglichkeiten für einen geschlossenen Abwehrkampf der Arbeiterklasse auf breiter Massenbasis wären.

Nicht alle Streiks richten sich gegen den Versuch der Unternehmer, die neue Notverordnung im Betrieb anzuwenden. Ein Teil der Unternehmer hat versucht und versucht noch weiter, rein saisonmäßig bedingte Neueinstellungen mit dem Lohnabbau bis zu 50 Prozent für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde zu verbinden. In diesen Betrieben stellt sich mit geradezu elementarer Nötigkeit die Aufgabe vor die Belegschaft, zu den ersten Formen der Produktionskontrolle überzugehen. Indem die Arbeiter auf Grund ihrer Kenntnis der Produktionsverhältnisse den Nachweis erbringen, daß es sich nicht um zusätzliche Neueinstellungen handelt und als Konsequenz zu Kampfhandlungen wie passive Resistenz und Streik übergehen, eröffnen sie den Kampf um die Kontrolle der Produktion. Aber es darf nicht bei diesen ersten Schritten bleiben. Gerade diese Erfahrungen führen auch den nichtkommunistischen Arbeitern deutlich vor Augen, daß die Kontrolle der Produktion durch die Belegschaft von unmittelbarer Bedeutung für ihren Lohn ist.

Das Ziel der Kommunisten in diesen Kämpfen kann also nicht allein der erfolgreiche Streik gegen den versuchten Lohnraub sein, sondern die Weiterführung des erbitterten Kampfes im Betrieb für das weitestgehende Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte auf die Produktion.

Aber noch ein zweites Problem stellen uns die bisherigen Streikerfahrungen. In einer ganzen Reihe von Betrieben, in denen die RGO oder die Nazis Stützpunkte, die freien Gewerkschaften dagegen keine dominierenden Positionen besitzen, hat die RGO von mehr oder minder großen Teilen der Belegschaften Streikleitungen wählen lassen, in denen auch Nazis vertreten sind, während sich die freien Gewerkschaften am Kampf nicht beteiligen. Es besteht bei dieser Form der Kampfführung durch die RGO die doppelte Gefahr: erstens wird zwischen den RGO-Mitgliedern und den Freigewerkschaftlern eine tiefe Kluft geschaffen und zweitens erfährt der prinzipielle Kampf gegen die faschistische Betriebszelle objektiv eine Abschwächung. Diese Tatsachen zeigen von neuem die gewerkschaftlichen und politischen Gefahren der Streiktaktik der RGO. Gewiß ist es notwendig, Streiks auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie zu führen, gewiß ist es prinzipiell notwendig, daß von der kämpfenden Belegschaft Streikleitungen gewählt werden, gleichgültig, ob die freie Gewerkschaft oder ein roter Verband im Betrieb dominiert. Eben darin besteht die Streikdemokratie.

Es hat einmal eine Zeit gegeben — und die ist noch gar nicht lange her — da sagte man uns, Streiks in unserer Zeit gehen mit revolutionären Gewerkschaften schwanger. Das war die Zeit der Gründerstreiks von 1930/31, wo in jedem Streik eine rote Gewerkschaft das Licht der Welt erblickte. Es ist bekannt, daß diese Gründungen ausnahmslos Totgeburten waren.

Wenn jetzt die RGO in einzelnen Betrieben, wo sie relativ Einfluß besitzt, Streiks auszulösen versucht, so muß sie aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen. Sie muß mit allen Mitteln versuchen, zu einer gemeinsamen Kampffront mit den freien Gewerkschaften zu gelangen und das strategische Gewerkschaftsziel, das sie in diesen Kämpfen verfolgen muß, kann nichts anderes sein, als durch gemeinsamen Kampf zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit zu gelangen. Da-

mit beantwortet sich auch die Frage unseres Verhältnisses zu den streikwilligen Faschisten im Betrieb. Wir wissen, daß die „Streiksympathie“ der Nazis nur einen Abschnitt in der sozialen Demagogie der Nazis bildet, die gerade jetzt vor den Wahlen und angesichts des Schwankens in ihren eigenen Reihen maßlos gesteigert wird. Unser Ziel in Streikkämpfen, an denen sich Nazis beteiligen, muß ein doppeltes sein: den unversöhnlichen Kampf gegen den Faschismus mit der Lösung seines verwirren Arbeiteranhangs zu verbinden. Dieses Ziel erreichen wir nicht, wenn wir im Streik gemeinsam mit den Nazis Streikleitungen bilden. Im Gegenteil, dadurch schwächen wir unseren Kampf gegen die Faschisten ab und verschärfen den Gegensatz zu den reformistischen Kollegen. Wenn es den Faschisten gelungen ist, wirklich Teile der Belegschaften zu erobern, so daß bei der demokratischen Wahl der Streikleitung auch Faschisten gewählt werden, so müssen wir gemeinsam mit den reformistischen und parteilosen Kollegen diese Faschisten isolieren und den Kampf gegen den Unternehmer verbinden mit dem schärfsten ideologischen Kampf gegen die schmähliche Demagogie des Faschismus.

Die gegenwärtigen Streikkämpfe sind die ersten schüchternen Kampfsignale seit der Niederlage vom 20. Juli. Sie sind ein Zeichen des ungebrochenen Kampfwillens der deutschen Arbeiterschaft. Dieser Kampfwille war schon oft vorhanden. Reformistische Kapitulationspolitik und die Niederlagenstrategie des Zentrums haben die Arbeiterklasse immer wieder in eine Sackgasse geführt. Wenn wir es nicht verstehen werden, aus den Erfahrungen des Vergangenen zu lernen, wenn wir nicht erkennen, für welche Kampfziele die Arbeiterklasse jetzt mobilisiert werden muß und welche Taktik sowohl gegenüber dem Reformismus als auch dem Faschismus einzuschlagen ist, wird auch die gegenwärtige Kampfsituation ohne einen wirklichen Erfolg für die Arbeiterklasse und für die KPD enden.

Bertram.

Aus der Internationale Resolution der griechischen Linken zur Krise der Komintern und die internationalen Beziehungen

Einstimmig angenommen von der I. Reichskonferenz der griechischen Opposition („Spur-takus“).

Die Konferenz billigt voll und ganz die vom provisorischen Büro vorgelegten Thesen, die Krise in der Komintern, die Lage in der UdSSR und die internationalen Beziehungen betreffend. Die Konferenz beschließt, daß diese Thesen der Mitgliedschaft vorgelegt und in der Arbeiterklasse propagiert werden sollen.

Die Konferenz stellt fest, daß die Krise, die in der internationalen Linken mit der Auflösung des internationalen Büros begann (1930) von der europäischen Konferenz gewährt, eine sehr ernste ist. Sie betrachtet die Spaltung und den organisatorischen Verfall der ILO als Konsequenz vor allem der bürokratischen, unzulässigen Methoden, deren sich in verschiedenen Ländern (Deutschland, Frankreich, Oesterreich), ebenso wie in Griechenland, die „offizielle“ ILO (Fraktion Trotzki) bedient hat, die in ihren Reihen opportunistische, politisch zweifelhafte Elemente hat. Die Ursache ist die opportunistische Einschätzung der objektiven Bedingungen der Bewegung und der Gruppen in den verschiedenen Ländern. Ein solches inneres Regime in der ILO steht in schreiendem Kontrast zu den Traditionen des oppositionellen Kampfes gegen den stalinistischen Bürokratismus, verhindert eine demokratische und kameradschaftliche Diskussion über die komplizierten Probleme, vor denen der marxistische Flügel der Komintern steht und macht eine kollektive Ausarbeitung einer internationalen Plattform unmöglich. Ohne ein gesundes inneres Regime und ohne eine solche Plattform wird die fraktionelle Spaltung der Oppositionsgruppen weiter in einer Atmosphäre ideologischer Verwirrung bestehen bleiben, zum großen Schaden des Einflusses der oppositionellen Ideen in den Sektionen der Komintern. Ein typisches Beispiel für diese Situation ist die Tatsache, daß die Fraktion des Genossen Trotzki in Griechenland die opportunistische Gruppe der Archiomarxisten anerkannt hat, die seit 1923 ein unversöhnlicher Feind der KPG ist. Dank dieser Anerkennung hat der Archiomarxismus der Auflösung entgegen können, die ihm sicher war, und hat seine schädliche zerstörende Arbeit gegen die KPG und gegen die revolutionären Gewerkschaften fortsetzen können. Diese Anerkennung hat auch in beträchtlichem Ausmaße die fortschreitende Entwicklung des oppositionellen Einflusses in Griechenland, trotz sehr günstiger Bedingungen gerade in unserem Lande, gehemmt. Die Konferenz fordert strengere Kritik dieser Fehler der „offiziellen“ ILO.

Die Konferenz stellt eine Übereinstimmung der Auffassungen der griechischen Linkenopposition mit denen der Linken Opposition in Deutschland (Bolschewiki-Leninisten) und den linken Kommunisten Frankreichs fest, die bis zum heutigen Tage ein gesundes inneres Regime in den Reihen der Opposition verteidigt haben und weiters betrachtet die Konferenz eine engere Zusammenarbeit mit diesen Gruppen für notwendig, ebenso wie mit allen anderen linken Gruppen im Ausland, gleichgültig ob sie sich in der „offiziellen“ linken Opposition befinden oder nicht, die mit uns in der Einschätzung der dringenden Notwendigkeit übereinstimmen, zu diskutieren, uns über die Konflikte Aufklärung zu schaffen, auf der praktischen Arbeit aller Gruppen im konkreten Kampfe gegen den Opportunismus und Bürokratismus mitzuarbeiten, für die Wiedergeburt der Komintern auf der Basis der Prinzipien der vier ersten

Weltkongresse zu kämpfen und die Notwendigkeit anerkennen, eine internationale Konferenz vorzubereiten, die der ILO helfen soll, gestärkt aus der jetzigen Krise hervorzugehen.

In Anbetracht der Tatsache, daß die bisher in dieser Richtung geleistete Arbeit ungenügend ist, wenn man weiters die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen der ILO und die inneren Zustände betrachtet, erklärt die Konferenz, daß die überleitete Gründung eines internationalen Büros der ILO von keinem Nutzen sein kann, weil unter den jetzigen Bedingungen ein solches Büro ebenso künstlich und ohne allgemeine Anerkennung wäre, wie es das sogenannte „Administrative Sekretariat“ der Fraktion Trotzki ist, das sich nach echt bürokratischer Art bereits mehrere Male aufgelöst und wieder gebildet hat. Ein starkes, führendes internationales Zentrum kann nur von einer wirklich demokratisch vorbereiteten und organisierten Konferenz auf dem vorgezeichneten Wege geschaffen werden. Auf dieses Ziel wird die Aktivität der neuen Reichsleitung im Einvernehmen mit den anderen Oppositionsgruppen im Ausland gerichtet sein.

Saloniki, den 14. IX. 1932.

Was uns Arbeiter schreiben.

Die KP-Kundgebung der 5000?

Die KP hatte am 21. Oktober in der Industriehalle die „Antia“-Aktion gerufen. Die Gebietsleitung Graz gab den Befehl, 5000 müssen kommen, leider waren nur 2000 dem Befehl gefolgt. Viele Genossen waren mit den Ausführungen Kopfenig nicht einverstanden, er versiegte sich zu der Behauptung, „Hitler hätte sich nicht nach Graz gefraut, weil die antifaschistische Bewegung sein Kommen verhindert hätte“. Ueber Deutschland sagte er: „Die KPD ist ganz allein fähig, den Kampf gegen Hitler zu führen, die KPD wird am 6. November 1932 in Deutschland 3 Millionen Stimmen gewinnen, so daß die Partei 9 Millionen Stimmen erreichen wird.“ Als ob Hitler mit 2 Millionen der KPD zu schlagen wäre? Genossen, solche Illusionen bei den Arbeitern zu erzeugen, ist sehr gefährlich; mit dieser Art Politik wird es nicht gelingen, die Arbeiter zum revolutionären Denken zu erziehen.

Es sprachen noch ein Schutzfunktionär und Jungfrontler, die ihre Entrüstung über das Verhalten der SP-Führung anlässlich der Simmeringer Ereignisse zum Ausdruck brachten.

Was Kopfenig über die Einheitsfront sagte, gehört in das Panoptikum der zentristischen Dummheiten.

Die 28. Novelle zeigt bereits ihre Wunderwirkungen.

Die 20, 30, 40 Groschen, die am 28. September 1932 zur Auszahlung kommen sollten, hat die 28. Novelle verschlungen. Nicht nur daß die Erhöhung ausbleibt, wird die gekürzte Nothandunterstützung weiter gekürzt, um 20 bis 30 Groschen pro Tag. Diesen Herren ist es einleucht, ob die Familien mit ihren Kindern am Hungertode zugrunde gehen. Mit 60, 65, 70 Prozent Unterstützungsraub werden die Arbeitslosen mit der Nothand III abgefertigt. Ist in der Familie (Haushalt) jemand, der verdient oder die Nothandunterstützung hat, wenn auch nur S 1,50, 1,90 täglich und noch weniger, so wird der zweiten Person die N. A. eingestellt. Arbeitslose kämpfen gegen die 28. Novelle, zwingt die Gewerkschaft zum Kampf!

Eine Arbeitslosenversammlung.

Am 12. Oktober 1932 hatte die Freie Gewerkschaft in den Kammersälen eine Arbeitslosenversammlung einberufen. Gekommen waren von 15.000 Arbeitslosen nur 200 bis 300. Landesgewerkschaftssekretär Matzner referierte über die 28. Novelle der A. V. G. Obm. des freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschusses Hasiba bedauerte, daß trotz 10.000 ausgefertigter Flugblätter so wenig Arbeitslose gekommen sind. (Zwischenrufe der Arbeitslosen: „Laßt auch die Nichtmitglieder herein, dann wird der Saal voll sein.“) Zutritt hatten nur die Gewerkschafts- und SP-Mitglieder gehabt. Sekretär Matzner zeigte, wie die 28. Novelle beschaffen ist (für einen geringen Teil gibt es Verbesserungen und für die Mehrheit Verschlechterungen in noch nie dagewesenen Ausmaße. (Ann. d. Red.) Matzner meinte, der eine Teil hat etwas verloren und der andere etwas bekommen, wenn man den Durchschnitt nimmt, bleibt alles so ziemlich auf dem gleichen Niveau. Matzner würde gut tun, selbst die Lage der Arbeitslosen und die Auswirkungen der 28. Novelle zu studieren, er würde bald zu einer anderen Meinung kommen. Die 28. Novelle ist ein Dolchstoß gegen die Arbeitslosen und nicht wie Matzner sagt: „Wenn man den Durchschnitt nimmt, bleibt alles beim Gleichen. Im weiteren kündigte Matzner eine Winterhilfe (Bettelaktion) an. Dann kam er auf die Arbeitsdienstpflicht zu sprechen. Er meinte, die Arbeitslosen sollen in den Wäldern der Gutsbesitzer und Großgrundbesitzer für die Arbeitslosen Holz schlagen. Die sich zur freiwilligen Arbeitsdienstpflicht melden, könnten die Kohlengruben, die stilliegen, in Betrieb setzen und für die Arbeitslosen Kohlen fördern. (Das wagt ein Gewerkschaftsführer zu propagieren, das ist glatter Lohndruck.)

In der Diskussion zeigte der SP-Genosse Schläffer die vorjährigen Methoden bei der Winterhilfeverteilung auf. Er verwies mit Recht auf den außerparlamentarischen Massenkampf und die Lage der Arbeiter in der Republik.

Interessant war, daß sich die Stalinisten Marsch und Fabian der Lösung der Linken — wenn auch zaghaft — näherten, als sie den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Rußland forderten. Obgleich sie natürlich nicht den Weg aufzeigen konnten, der zum erfolgreichen Kampf um Arbeit und Brot führt.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Ottl, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linkenopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taboerstraße 52b.